



Griechische Finanzierung der A 20?

fragt Lütt Matten sich angesichts der Ideen, die CDU-Politiker zum Weiterbau der A 20 in Schleswig-Holstein und darüber hinaus so auf den Markt werfen.

Im Investitionsrahmenplan des Bundesverkehrsministeriums bis 2015 sind nur zwei Abschnitte der A20 in Schleswig-Holstein enthalten: Weede bis Wittenborn und dann Hohenfelde bis Sommerland. Hallo CDU, bitte mal die Landkarte zur Hand nehmen! Da fehlt doch wohl noch eine Kleinigkeit...!

Gut daran findet Lütt Matten, dass sich die Finanzen nicht anscheinend sogar bis ins Verkehrsministerium herangesprochen hat. Weniger gut findet er diese Salamtaktik: der massiv kritisierte Autobahnbau soll auf diese Weise durch Schaffung von Fakten gleichsam mit der Planierfraude durchgesetzt werden – das mit dem Geld für die dazwischen fehlenden Abschnitte regelt sich dann hinterher schon irgendwie oder was?

Wer für seinen Infrastruktur-Ehrgeiz so viele ungedeckte Schecks einsammeln will, schafft im Bundeshaushalt künftiger Jahre „griechische Verhältnisse“. Und ob die Staatengemeinschaft ein Stabilitätspaket schnüren will oder überhaupt kann, wenn der größte Einzelhaushalt der EG – also der deutsche – mal in ernste Schiefelage gerät...?

Darauf würde ich jedenfalls keine angebissene Möhre setzen,

meint Lütt Matten



Am Ortseingang wird die Brücke über die AKN zum neuen Fachmarktzentrum führen

Die GRÜNEN und die Finanzkrise

Maastricht Kriterien: die Latte gerissen

Die Sanierung des Haushalts der Bundesrepublik sollte in den nächsten Jahren oberste Priorität haben. Nachdem das rot-grüne Regierung einsteht die Steuern für Spitzenverdiener gesenkt hatte, ist es jetzt aufgrund der historischen Staatsverschuldung angeraten, die Steuern für die Spitzenverdiener ab einem Jahresinkommen von 80.000 Euro von derzeit 42% auf 49% zu erhöhen. Zusätzlich halten wir eine zeitlich befristete Vermögensabgabe für sinnvoll. Darüber hinaus sollten im Bundeshaushalt nennenswerte

wir sind einer der Hauptnutznießer dieser Union - und aufgrund der Tatsache, dass wir zurzeit auf Kosten unserer Kinder leben, ist es notwendig, umgehend mit der Entschuldung Deutschlands zu beginnen. Wir müssen zukünftig darauf achten, die „Maastricht Kriterien“ vollständig einzuhalten und in der nächsten Legislaturperiode einen ausgeglicheneren Haushalt vorzulegen. Hierfür steht die Partei Bündnis90/Die GRÜNEN. (RJ)

Ein Loch ist im Haushalt, Hans-Jürgen, Hans-Jürgen!

Seit Jahren reichen die Finanzen in Bad Bramstedt nicht aus, um die Ausgaben zu decken. Die Schulden sind gestiegen, in ohne das wir real die Chance haben, in absehbarer Zeit davon loszukommen. Der Haushaltsplanentwurf für 2012 sieht einen Fehlbetrag (ein Finanzloch) von 6,49 Millionen Euro vor. Es wird deutlich, dass die Stadt ihren Haushalt auch mittelfristig immer stärker mit Schulden finanzieren muss, wenn wir nicht massiv gegensteuern. Diese Situation ist in vielen anderen Gemeinden und Städten auch nicht viel besser, da seit Jahren von Bund und Ländern eine Finanzpolitik zu Lasten der Städte und Gemeinden gemacht wird. Das ist auch eine negative Seite der Steuerentlastungspolitik.

Doch es hilft alles nichts. Bad Bramstedt muss mit dieser Situation selbst zurecht kommen. Dies sieht auch die Kommunalaufsicht so und erwartet eine Konsolidierung des Haushalts. Zudem müssen wir uns streng an die Vorgaben halten. Zuschüsse, sogenannte Fehlbetragszuweisungen des Landes des Landes erhält nur die Gemeinde, die sich verpflichtet, Hebesätze für Steuern und Gebühren nach den Vorgaben des Ministeriums festzulegen. Das heißt, dass wir bestimmte Mindesthebesätze von den Bürgern fordern müssen. Das betrifft vor allem die Grund- und Gewerbesteuern. Die Erhöhung der Steuern und die Ausgleichszahlungen des Landes decken aber bei weitem nicht den gesamten Fehlbetrag. Das heißt, dass uns die Finanzierung des Haushaltes noch die nächsten Jahre beschäftigen wird. Bündnis90/Die GRÜNEN schlagen vor, das Schuldenproblem langfristig mit dem Instrument des Bürgerhaushaltes zu bearbeiten. Es ist wichtig, dass alle Bürger über die äußerst schwierige Lage Bescheid wissen und mitentscheiden können. Deshalb kommt es darauf an, Ideen und Hinweise von Bewohnerinnen und Bewohnern über Einsparpotentiale zu erhalten, wo Steuermittel gespart werden können. Andere Städte in unserem Umfeld machen es uns vor, sie führen Bürgerhaushalte durch. Über ein Online-Forum werden Bürger an der Haushaltsplanung beteiligt.

Bürgerinnen und Bürger bringen Vorschläge ein und bewerten und kommentieren Vorschläge der Verwaltung. (BSJ)

Wie funktioniert ein Bürgerhaushalt?

- 1. Im Zentrum der Beteiligung stehen finanzielle Angelegenheiten, es geht um begrenzte Ressourcen.
- 2. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt.
- 3. Es handelt sich um ein auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren. Ein einmaliges Referendum zu haushalts- oder steuerpolitischen Fragen ist kein Bürgerhaushalt.
- 4. Der Prozess beruht auf einem eigenständigen Diskussionsprozess, der mittels Internet oder Versammlungen bzw. Treffen geführt wird. Eine schriftliche Befragung allein ist demnach kein Bürgerhaushalt. Ebenso nicht die bloße Öffnung bestehender Verwaltungsgremien oder Institutionen der repräsentativen Demokratie.
- 5. Die Organisatoren müssen Rechenschaft in Bezug darauf ablegen, inwieweit die im Verfahren geäußerten Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.



Impressum & Kontakt

Grünzeug No. 29
Auflage: 6.000
Erscheinungsdatum: 17.11.11
Verantwortlich für diese Ausgabe:
Fritz Bredfeldt, Joachim Josenhans
Bündnis90/DIE GRÜNEN
Bad Bramstedt
Kontaktadresse:
Bimöhler Str. 3 Tel. 9183
www.gruene-badbramstedt.de

Am zweiten und vierten Mittwoch jedes Monats treffen wir uns zu einem politischen Arbeitstreffen um 19.30 Uhr im Kaisersaal.
Interessierte sind herzlich willkommen!

Asphalttschungel und Lärmteppich

Die BürgerInnen im Siedlungsgebiet Bissenmoor sehen sich von der A20-Planung schwerwiegend benachteiligt. Die dichte Heranführung und Dammllage der Trasse würde im Ortsteil Bissenmoor und auch östlich der B 4 im Kurgebiet zu Lärmbelästigung führen. Der Vorschlag, die Trasse durch einen Trog tiefer zu legen, wird von der Landesplanung einstweilen noch abgelehnt, hat jedoch - nicht zuletzt durch eine abendfüllende Diskussionsveranstaltung der Bürgerinitiative Bissenmoor - zunehmend Unterstützung in der Orts- und Landespolitik gefunden. Gewichtige Gegenargumente sind die immensen Baukosten der Troglösung und die Lage der Trasse im Wassereinzugsgebiet des Bad Bramstedt Wasserwerks. Fritz Bredfeldt, Stadtverordneter von Bündnis 90/Die GRÜNEN und Vorsitzender

des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten, wies darauf hin, dass die GRÜNEN die A20 insgesamt abgelehnt hätten, da sie Bad Bramstedts Umgebung genau zu dem „Asphalttschungel Südholstein“ machen würden, vor dem DIE GRÜNEN seit fast 20 Jahren gewarnt hätten. „Die Planung konnten wir als kleine Partei aber nicht aufhalten. Deshalb werden sich DIE GRÜNEN umso mehr für die berechtigten Forderungen der BürgerInnen nach mehr Lärmschutz und Schutz von vorhandenen Biotopen einsetzen“. Gerhard Schönau von den Bramstedter GRÜNEN ergänzte: „Man kann – auch mit viel Geld – ‘ut Schiet nu mol keen Gold moken“ und verwies als ein mögliches Zukunftsszenario auf die totale Unterfinanzierung des Gesamtprojekts: hin-

ter Segeberg sind erst zwei Abschnitte in der Investitionsrahmenplanung des Bundesverkehrsministeriums; die Finanzierung der Elbquerung bei Glückstadt steht noch komplett in den Sternen. Unter diesen Bedingungen scheint ein Anschluss an die A7 - eventuell in der „Nordbogen-Variante“ ohne weitere Fortführung jedenfalls finanzpolitisch realistischer als der Weiterbau der A20 zu einem „Milliardengrab mit Elfblick“. Bramstedts Kurgebiete sowie Bissenmoor bleiben dann auch ohne teuren Trog verschont.

Einig sind die Bürgerinitiative Bissenmoor und Bündnis90/DIE GRÜNEN aber darin: Man muss miteinander im Gespräch bleiben und gemeinsam nach den besten Lösungen suchen. (GS)

Bürgersolaranlage in Bad Bramstedt

Jetzt geht's los!

Nicht erst seit dem schrecklichen Unglück von Fukushima ist es klar: Den erneuerbaren Energien, allen voran Sonne und Wind, gehört die Zukunft.

Wenn wir die Klimakatastrophe aufhalten und auch in 50 Jahren sichere Energiequellen zu Verfügung haben wollen, dann muss die Energiepolitik auch in unserem Land geändert werden, damit wir von Kohle, Öl, Gas und Atom wekommen. Deshalb schlug vor einem Jahr Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Bad Bramstedt vor, nach dem Vorbild von Henstedt-Ulzburg eine Bürgersolaranlage einzurichten. Unsere Idee war es, auch in unserer Stadt es Bürgerinnen und Bürgern möglich zu machen, Geld in die Errichtung von Solaranlagen zu investieren. Dabei haben wir vor allem an diejenigen gedacht, die keine eigenen Dachflächen zur Verfügung haben oder die sich nicht dem Stress unterziehen wollen, den die Errichtung einer solchen Anlage mit sich bringt. Wir sammelten Unterschriften von Interessenten, und schon nach wenigen Monaten war klar, dass es in Bad Bramstedt ein großes Interesse daran gibt.

Zunächst wurde mit der Stadt die Nutzung kommunaler Dächer vertraglich geregelt, wobei das Solar-Zentrum Norderstedt die Federführung übernahm. Im Juli war es dann so weit, dass die Genossenschaft SonnenKraftwerk Bad Bramstedt-

Auenland eG gegründet werden konnte, mit nur wenigen Mitgliedern, aber arbeitsfähigen Gremien. Der Vorstand wird von Thomas Leidreiter (Solarzentrum Norderstedt) und Jan-Uwe Schadendorf (Bad Bramstedt) gebildet, der Aufsichtsrat setzt sich zusammen aus Claudia Wisy, Frank Schwedhelm und Fritz Bredfeldt (alle Bad Bramstedt).

Im Oktober 2011 wurde auf einer öffentlichen Veranstaltung der Genossenschaft das Konzept vorgestellt und für den Eintritt in die Genossenschaft und die Zeichnung weiterer Anteile zu werben. Mit Erfolg: Nach dem gut besuchten Treffen zeichneten über 60 Personen Anteile im Wert von mehr als 200.000 €.



Nach dieser ersten Anlage werden nun weitere Solaranlagen auf öffentlichen Dächern errichtet

Innenstadtgestaltung

Kreisellösung ausgesetzt



den über den Bleeck fahren, vor der Raiffeisenbank entlang führen. Damit würde dort ein viel zu hoher Verkehrsaufkommen entstehen. Der Bleeck würde hier nicht verkehrsberuhigt werden, im Gegenteil, es würde im Vergleich zur jetzigen Verkehrsführung eine zusätzliche Belastung entstehen. Beim Ein- und Ausparken vor der Raiffeisenbank würden zusätzliche Gefahrensituationen aufkommen.

Wir hoffen, dass diese Argumente, die unter anderem auch von der Raiffeisenbank, dem Bürger- und Verkehrsverein und vom Seniorenbeirat vorgebracht werden, bei der erneuten Diskussion bei CDU und FDP Gehör finden.

Wir GRÜNEN schlagen stattdessen eine zusätzliche Auffahrt auf den Bleeck-Parkplatz auf der Höhe der jetzigen Bus-

haltestelle vor. Der Verkehr vom Bleeck in Richtung Butendoor soll wie bisher fließen können, in Richtung Altonaer Straße wird er vor der Raiffeisenbank vorbeigeführt. Der Abschnitt der Hamburger Straße auf der Höhe der Raiffeisenbank wird in eine Einbahnstraße Richtung stadtauswärts umgewandelt werden. Diese Maßnahmen sollen dazu führen, dass einerseits die Bürgerinnen und Bürger auch mit dem PKW alle Ziele auf dem Bleeck erreichen können, andererseits aber der zentrale Platz unserer Stadt tatsächlich verkehrsunruhigt wird. Für diesen Plan sind keine größeren Umbaumaßnahmen nötig. Die Praxis kann dann zeigen, ob weitere „Nachbesserungen“ nötig sind.

Die nächste Aufgabe der Kommunalpolitik wird es dann sein, gemeinsam mit den BürgerInnen unserer Stadt einen Plan für die langfristige Gestaltung und Nutzung der Innenstadt zu entwickeln. Dann wissen wir auch, wie viel Verkehr mit Umgehungsstraße dort noch fließt und können ein abschließendes Verkehrskonzept erarbeiten. (FB)

Fernwärmeversorgung Südweststadt und Bissenmoor

(Zu) teuer für alle Beteiligten?

Der Energietammtisch Bad Bramstedt hatte zur Podiumsdiskussion geladen, um das Thema Zukunft der Fernwärme in Bad Bramstedt eingehend zu diskutieren.

Gekommen waren ca. 40 interessierte Bramstedter – größtenteils selbst Fernwärmekunden. Sie beklagen hauptsächlich die im Vergleich zu Öl und Gas teuren Gesamtwärmekosten sowie die undurchsichtige Gestaltung der Fernwärmepreise. Hierüber werden auch schon seit langem Auseinandersetzungen mit den Stadtwerken geführt.

Gerhard Schönau, für die GRÜNEN auf dem Podium und ehemaliges Aufsichtsratsmitglied der Stadtwerke, schilderte die Entwicklung der heutigen Situation: „Für das damalige Neubaugebiet Südweststadt und später Bissenmoor war Fernwärme vorgesehen, um eine umweltfreundliche Wärmetechnologie vorzuhalten. In den letzten 20 Jahren hat jedoch der bautechnische Fortschritt den Energiebedarf für Häuser so massiv reduziert, dass heute viele Hausbesitzer für den kleinen Rest auf Eigenversorgung setzen und sich nicht

mehr anschließen. So sind zum einen die gelieferten Wärmemengen, zum anderen die Anschlussdichte in den Gebieten stetig gesunken.“

Das führte zu der heute für alle Seiten unbefriedigenden Situation: Fernwärmekunden zahlen aufgrund einer kaum verständlichen und in Teilen vermutlich rechtsfehlerhaften Preisformel viel Geld für ihre Versorgung. Dabei fahren die Stadtwerke Jahr für Jahr ein Defizit mit der Fernwärmeparte ein.

Das Podium, neben Energietammtisch-Vorsitzendem Jörg Krey, Gerhard Schönau von den GRÜNEN und Jan-Uwe Schadendorf von der SPD, war sich mit den Gästen einig, dass die Bramstedter Politik hier aktiv werden muss und skizzierte Lösungsansätze: transparente und angemessene Preisgestaltung, Maßnahmen zur Erhöhung der Anschlussdichte und Rentabilitätsprüfung der Teilnetze. Schönau und Schadendorf versprachen, sich dafür einzusetzen. Vertreter von CDU, FDP und auch den Stadtwerken selbst fehlten übrigens bei der Veranstaltung – was in der Runde zu Recht übel aufstieß. (GS)



Das Blockheizkraftwerk auf dem Klinikgelände versorgt verschiedene Wohngebiete.